

Gordana Rammert

**Oberbürgermeisterkandidatin
für BÜRGERNÄHE und PIRATEN**



Seniorenrat

c/o Teutoburger Straße 18
33604 Bielefeld
Tel: 0 521 51 83 95
mobil: 0 160 8 465 465

www.buergernaeh.de
www.facebook.com/Buergernaeh

Bielefeld, den 23. 07. 2020

Sehr geehrter Herr Aubke,

gerne nehmen wir Stellung zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenrats zur Kommunalwahl 2020.

Zu ihren Fragen:

1. Was wollen Sie tun, um die Informationen über die Lebenslagen älterer Menschen in unserer Stadt dauerhaft zu verbessern?

- Wir unterstützen die von ihnen aufgeführten Notwendigkeiten. Sie lassen sich aus unserer Sicht durch
 - gezielte Befragungen bei den betroffenen Gruppen und
 - die Beteiligung von betroffenen Menschen und Verbänden an allen Planungsprozessen umsetzen. Ihre Erfahrungen tragen maßgeblich zum Gelingen bei, die Lebenslagen aller Altersgruppen zu verbessern und prekäre Lebenssituationen zu erfassen.
 - Seit unserer Gründung fördern und unterstützen wir das Engagement von Bürger*innen-Initiativen. Wir setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und Entscheidungen, insbesondere auch am städtischen Haushalt ein. Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik sollen eng zusammenarbeiten. So kann der Sachverstand von Bürgerinnen und Bürgern in der politischen Entscheidungsfindung z.B. als "Bürgergutachten" einfließen.

Eine Stadt mit intensiver Beteiligungskultur fördert eine verantwortungsvolle "Bürgergesellschaft", in der die Menschen in ihrem Sinne mitreden können.

Wir wollen, dass der heutige Bürgerausschuss in Bürger*innen-Beteiligungsausschuss umbenannt wird und mehr Kompetenzen bekommt. Er

soll über die Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren bei städtischen Planungen und Projekten mitentscheiden.

2. Sind Sie bereit, die sozialraumorientierte Quartiersarbeit in unserer Stadt deutlich auszubauen und sich insbesondere für die zurzeit schwer bis gar nicht erreichten Gruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und in prekären Lebenslagen) zu engagieren?

- Wir unterstützen die von ihnen angeführten Notwendigkeiten.
- Wir wollen das Ehrenamt besonders fördern, z.B. indem im Ehrenamt Tätige für ihre Einsätze ein kostenloses Ticket für den ÖPNV erhalten,
- Weiter unterstützen wir die Initiative ... heute Zeit für Dich, übermorgen Zeit für mich – Zeitvorsorge. Eine sogenannte ZeitBANK ist ein soziales Gedächtnis. Wenn ein Mensch in seinem Leben anderen Menschen geholfen hat, kann dies mit der ZeitBANK nicht mehr in Vergessenheit geraten.

Die erworbenen Zeitguthaben, die dann in Hilfeleistungen zurückgetauscht werden können, stellen eine faire und konkrete Anerkennung für die geleistete Arbeit dar. Weniger im Sinne einer Bezahlung, sondern mehr als Gegengeschenk.

Die Vorsorge-ZeitBANK ist nicht nur für das Alter, sondern auch für die Menschen da, die durch Schicksalsschläge unterschiedlichster Art hilfsbedürftig und arm geworden sind, etwa durch Krankheit, Unfall oder Scheidung. Sie ist besonders für die Einkommensschwachen von Bedeutung, insbesondere unter dem Aspekt der sich durch die demographische Entwicklung verschärfenden Altersarmut.

Zeit geben, ansparen und später erhalten führte z.B. mit der Zeitvorsorge der Stadt St. Gallen erfolgreich zu einer Steigerung des ehrenamtlichen Engagements um 37 %.

Wir wollen, dass die Bielefelder Initiative „Zeitvorsorge“ und das Modell der ZeitBANK von der Stadt Bielefeld durch die Freiwilligenagentur unterstützt wird, und mit Hilfe der Nachbarschaftshilfen und den Trägern der Freien Wohlfahrt sich in Bielefeld breit etabliert.

- Eine wichtige Grundlage für Gesundheit ist, dass die finanzielle Grundexistenz ohne Sanktionen gesichert ist. Deshalb unterstützen wir die in der Corona-Krise neu entfachte Diskussion über Grundeinkommen.

3. Wie wollen Sie die Informationslage zur Altersarmut in unserer Stadt verbessern und welche Schritte wollen sie unternehmen, um die Dunkelziffer bei der Nicht-Beantragung von Grundsicherung im Alter zu reduzieren?

- Wir unterstützen die von ihnen aufgeführten Notwendigkeiten.
- Wir wissen, dass es nach der Lebenslagenbefragung des Statistischen Bundesamtes im Auftrag der Bundesregierung Menschen auf dem Amt am schlimmsten ergeht, wenn sie finanzielle Probleme haben, arbeitslos sind oder im Alter arm werden.

Armen Menschen ergeht es vor allem schlecht, wenn sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Die Probleme in den Sozialämtern und Jobcentern kommen noch dazu. Wir wollen,

dass die finanzielle Grundexistenz ohne Sanktionen gesichert ist. Deshalb unterstützen wir die in der Corona-Krise neu entfachte Diskussion über Grundeinkommen.

4. Was Sie wir anstoßen, damit das Thema „Einsamkeit im Alter“ für unsere Stadt in Zukunft besser bearbeitet wird?

- Wir unterstützen die von ihnen aufgeführten Notwendigkeiten.
- Wir setzen uns für mehr Mehrgenerationen-Wohnprojekte und Kitaneubauten möglichst nah an Altenpflegeeinrichtungen ein, damit ein intergenerationaler Austausch über kurze Wege stattfinden kann,
- Auch die Zeitvorsorge mit der Zeitbank halten wir für zielführend, um gegen die Einsamkeit im Alter anzugehen.
- Insbesondere von unserer städtischen Wohnungsgesellschaft (BGW) fordern wir, u.a. älteren Menschen geeignete Wohnangebote in sozial lebendiger Umgebung anzubieten.

5. Welche Schritte wollen wir unternehmen, um die gesundheitliche Situation vor allem älterer Menschen in unserer Stadt zu verbessern?

- Wir unterstützen die von ihnen aufgeführten Notwendigkeiten.
- Die Initiative Bielefelder Hausärzte engagiert sich stark im Bereich der Gesundheitsvor- und Fürsorge, vor allem in Altenpflegeeinrichtungen. Wichtig ist, auch die Menschen zu erreichen, die nicht in einer Einrichtung, sondern Zuhause leben. Hier kann ein Gesundheitsmonitoring analog zum Bildungsmonitoring hilfreich sein, um diese Menschen im Blick zu behalten. Dazu bedarf es das Engagement vieler Akteure (Hausarztpraxen, Krankenkassen, Pflegekassen etc.).

6. Sind Sie bereit, die Bedarfslage älterer Menschen bei Mobilitätskonzepten zukünftig noch mehr zu berücksichtigen und deren Mitwirkung bei der Entwicklung derartiger Konzepte sicherzustellen? Auf welche Weise soll dies ermöglicht werden?

- Ja! Seit unserer Gründung setzen wir uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und Entscheidungen ein. Die Einrichtung einer Stelle für Partizipation in der städtischen Verwaltung wird für uns in möglichen Koalitionsverhandlungen ein „Knackpunkt“ sein!

7. Was wollen Sie unternehmen, um die Wohnsituation älterer Menschen in unsere Stadt zu verbessern?

- Wir unterstützen die diesbezüglich von ihnen aufgeführten Notwendigkeiten.
- BÜRGERNÄHE und PIRATEN wollen die Sozialbauquote für bezahlbaren Wohnraum in Bielefeld von derzeit 25% auf 40% erhöhen. In Freiburg liegt die Quote bereits bei 50%, in Wien bei zwei Drittel.

Dabei wollen wir eine differenzierte Anwendung. In benachteiligten Quartieren soll die Sozialquote geringer ausfallen, in bessergestellten Stadtteilen wird sie im Gegenzug erhöht, damit die Quote auf die gesamte Stadt gerechnet auf mindestens 40 % steigt.

In Quartieren, in denen bislang wenig sozialer Wohnungsbau vorhanden ist, kann die Quote auch auf mehr als 40 Prozent angehoben werden. Das Ziel ist eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile. Auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft

BGW soll nicht, wie zunächst geplant, jährlich 50 sondern 100 Sozialwohnungen bauen.

Wir treten dafür ein, dass städtische Gebäude und die durch den Abzug der britischen Streitkräfte frei werdenden Wohnungen und Bauflächen im Interesse einer sozialen Durchmischung zu Wohnraum ausgebaut bzw. saniert werden, orientiert an den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen!

- BÜRGERNÄHE und PIRATEN wollen, dass die Stadt Bielefeld mit einer sozial gerechten Wohnungsbaupolitik dazu beiträgt, dass Menschen unterschiedlicher Schichten und Herkunft auch zukünftig gemeinsam in ihren Stadtvierteln leben können. Dazu gehört ein innerstädtischer sozialer Wohnungserhalt und -neubau genauso, wie eine sozial ausgewogene Nutzung stadteigener Immobilien. In einer zukunftsfähigen Stadt ist die Entwicklung von bestehenden und neuen Stadtvierteln gemeinsam mit allen dort bereits ansässigen Gruppierungen zu planen und zu realisieren. Menschen sollen auch im Alter nicht aus ihrer gewohnten Wohnumgebung wegziehen müssen!

8. Sind Sie bereit, in der kommenden Legislaturperiode für die Innenstadt, für die Stadtbezirke und die Endstationen der Straßenbahnen und Busse (als Umsteigepunkte für den ÜPNV) ein schlüssiges Konzept für die Errichtung öffentlicher Toiletten zu erstellen?

- Wir sehen wie sie die gleichen Notwendigkeiten, nicht nur für ältere Menschen, sondern für alle, die sich im öffentlichen Raum bewegen. Die Einrichtung öffentlicher Toiletten ist nicht nur aus Sicht des Seniorenrats erforderlich, sondern ist ein wichtiger Aspekt, um die Aufenthaltsqualität für Alle im öffentlichen Raum erheblich zu verbessern!
- Die finanzielle Herausforderung, insbesondere für den Service, ist dabei nicht zu unterschätzen!

9. Welche bestehenden Beschlüsse zur „Verkehrswende“ bzw. „Mobilitätsstrategie“ würden Sie oder Ihre Partei modifizieren?

- Bei der Verlängerung der Linie 1 nach Sennestadt, fordern wir die Überarbeitung der Planung. Der derzeitige Planungskompromiss mit Straßen NRW ist zweifellos eine schlechte Lösung. Die Enttäuschung der Anlieger an der L756, dass die Stadtbahntrasse nicht durchgehend auf der jetzigen Fahrbahn der L756 verläuft, ist verständlich.
- Wir wollen, wie schon im Koalitionsvertrag 2015 mit SPD und Grünen vereinbart, die Entlastung durch eine oberirdische Stadtbahnlinie über den Jahnplatz, zum Kesselbrink, zu den Berufskollegs über die Heeper Straße bis zur Radrennbahn. Laut Potentialanalyse kann diese Linie die wirtschaftlichste und die erste Linie sein, welche nicht defizitär betrieben wird. Die Dadurch mögliche Entlastung des Jahnplatztunnels ermöglicht die notwendige Taktverdichtung auf allen anderen Linien.
- Weil wir wissen, dass weltweit Stadtbahnen als Niederflersysteme auf größte Zustimmung treffen und sehr stadtverträgliche Lösungen bieten, fordern wir eine transparente und nachvollziehbare Expertise, ob und wann sich die Einführung eines wie bei der Linie 5 geplanten Niederflersystems in Bielefeld wirtschaftlich darstellen lässt.
Denn wir wissen, dass nicht nur in der Brackweder Hauptstraße und in Sennestadt

niedrigflurige Bahnsteige auf größere Akzeptanz stoßen, als übliche Hochbahnsteige.

10. Welche Möglichkeiten sehen Sie oder Ihre Partei für eine stärkere Einbindung des Seniorenrats in der Umsetzung von Zielen der „Daseinsvorsorge“.

- Wir begrüßen die verstärkten Initiativen und Aktivitäten des Seniorenrats in der letzten Wahlperiode! Soweit es die personellen Ressourcen des Seniorenrats zulassen, begrüßen wir eine stärkere Beteiligung in unseren politischen Arbeitsgruppen!
- Wir wissen auch, nicht erst in der Corona-Krise bleibt in der Verwaltung so viel Wichtiges unerledigt! Auch im Normalmodus scheint unsere Verwaltung chronisch überlastet zu sein. Derzeit sind wichtige Stellen nicht besetzt. Wir wollen deshalb, dass die Verwaltung mit ausreichendem Personal bürgerfreundlich arbeiten kann. Für Bürger*innen und Politik fordern wir eine transparente Verwaltung, in der Aufgaben, Projekte und eindeutige Verantwortlichkeiten aller Mitarbeiter*innen nachvollziehbar sind. Die wachsenden Anforderungen an Bürgernähe, Servicequalität, Wissensvernetzung und Transparenz erfordern, neben ausreichenden personellen Kapazitäten, effiziente Verwaltungsstrukturen, um die Handlungsfähigkeit und Handlungsgeschwindigkeit zu verbessern und zu gewährleisten.
-

11. Was tun Sie oder Ihre Partei auf kommunaler Ebene, damit eine bedürfnisorientierte Versorgung der pflegebedürftigen gewährleistet wird?

- Wie auch in Frage 6 schon beantwortet, ist das Palliativnetz, aber auch die Initiative Bielefelder Hausärzte bereits ein gutes Netzwerk für die Versorgung aller Bielefelder*innen. Das Sozialamt führt jährlich eine Woche für pflegende Angehörige durch, muss unserer Meinung nach aber noch aktiver werden um vor allem pflegende Angehörige zu erreichen.

12. Was wollen Sie oder Ihre Partei tun, um dauerhaft die Wertschätzung von pflegerischen in der Gesellschaft zu fördern?

- Diese Frage dockt an die Antwort zu Frage 11 an. Auf Bundesebene müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Tarifvergütung deutlich erhöht werden muss, gleichzeitig aber vor allem die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte reduziert werden. Die Anzahl der Patient*innen pro Pflegekraft ist viel zu hoch. Nicht nur in Kliniken und Heimen, sondern auch im ambulanten Pflegedienst.

13. Welche Maßnahmen wollen Sie oder Ihre Partei veranlassen, um zukünftig bei der Pandemie/Epidemie ausreichende Vorkehrungen getroffen werden?

- Epidemien und Pandemien werden auch künftig Teil unserer Gesellschaft sein. Wir müssen lernen, damit umzugehen. Großeinrichtungen sind dafür ähnlich anfällig wie Massenveranstaltungen. Frühzeitige Hygieneschulungen bereits in der Kita und ein Gesundheitsbewusstsein müssen frühzeitig angesetzt, aber auch vorgelebt werden. Für Bielefeld können wir uns vorstellen, dass geeignete Plakatkampagnen, Mund-Nase-Schutz für jeden Haushalt wie in den Niederlanden oder Desinfektionsmittelspender mit dem Stadtlogo

für die Handtasche zur Verfügung gestellt werden können. Gesundheitsvorsorge ist jedoch eine Aufgabe für alle Menschen in dieser Stadt.

Unsere Unterstützung für diese Aktionen ist Ihnen sicher!

Mit freundlichem Gruß

Gordana Rammert OB-Kandidatin für BÜRGERNÄHE und PIRATEN

Martin Schmelz, Vorsitz der Wähler*innengemeinschaft BÜRGERNÄHE